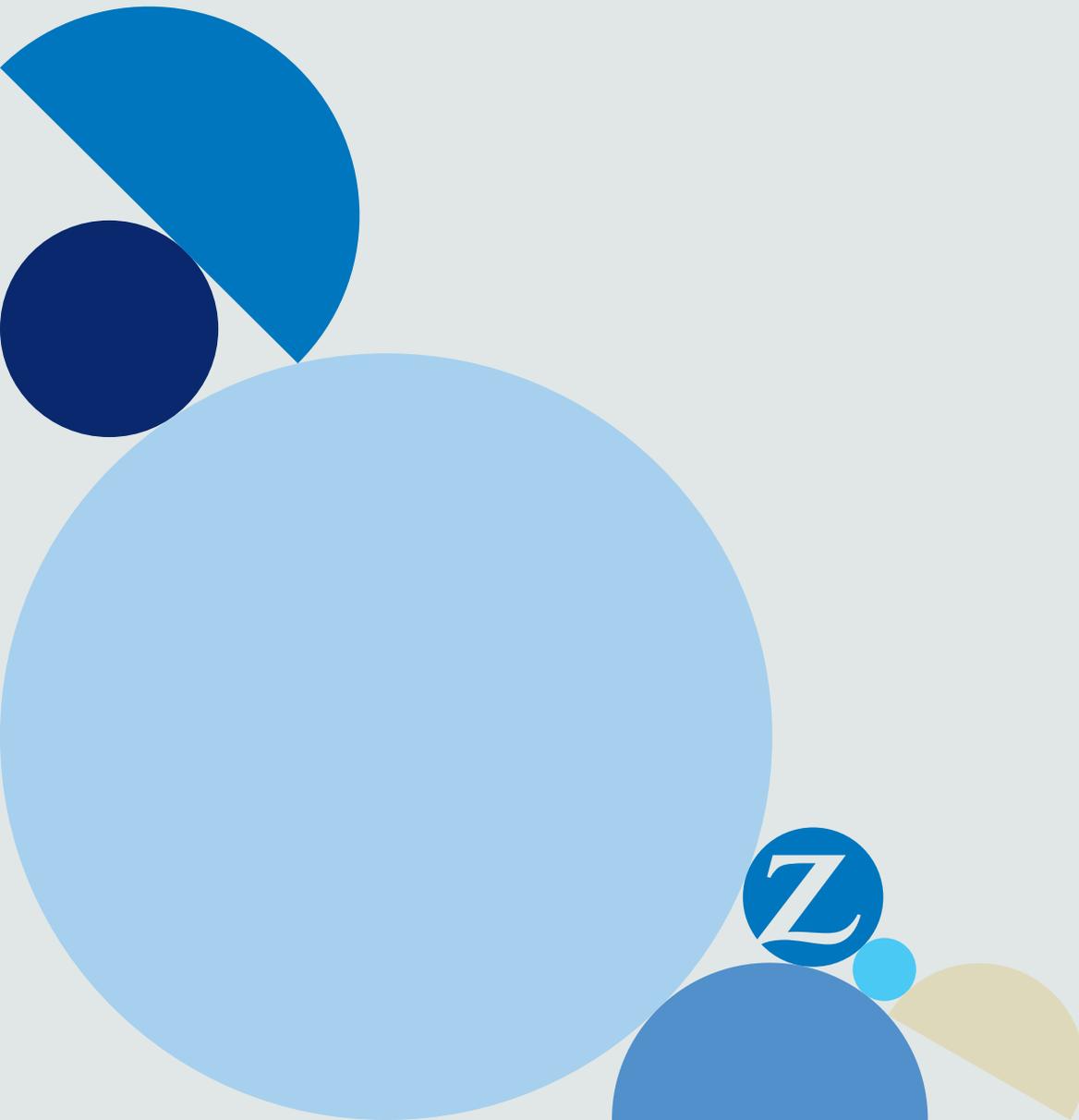


Zürich Anlagestiftung Infrastruktur IV

Eine Anlagegruppe der Zürich Anlagestiftung
Valorenummer 112803557



Eine Anlagegruppe der Zürich Anlagestiftung

Zürich Anlagestiftung Infrastruktur IV Valorenummer 112803557

Die Anlagegruppe Infrastruktur IV investiert in einen luxemburgischen Zielfonds, der seinerseits mit Europafokus und diversifiziert in Infrastruktur Co-Investments und Fonds investiert. Ihre Referenzwährung ist der Euro. Diese Anlagegruppe gehört zur Kategorie «Anlagen in Infrastrukturen» gemäss Artikel 53 Absatz 1 Buchstabe d^{bis} BVV 2. Im Vergleich mit traditionellen Anlagegruppen weist die Anlagegruppe Infrastruktur IV erhöhte Risiken auf.

Die im Prospekt enthaltenen Angaben beruhen auf den Statuten, dem Reglement und den Anlagerichtlinien der Zürich Anlagestiftung. Bei Widersprüchen gehen das Gesetz, die darauf basierende Rechtspraxis, Statuten, Reglement und Anlagerichtlinien sowie Änderungen derselben dem Prospekt vor.

Inhaber der Anlagegruppe ist die Zürich Anlagestiftung mit Sitz in Zürich, Schweiz. Statuten, Reglement, Anlagerichtlinien und Prospekte sowie die jeweils aktuellen Jahres- bzw. Quartalsberichte können bei der Zürich Anlagestiftung kostenlos bezogen werden. Als Anleger sind nur in der Schweiz domizilierte, steuerbefreite Einrichtungen der beruflichen Vorsorge zugelassen.

Inhaltsverzeichnis

1. Die Anlageklasse Infrastruktur	4
2. Anleger und Organisation	4
3. Anlageuniversum, -ziel und -instrumente	6
4. Anlagebeschränkungen	6
5. Due Diligence	7
6. Ansprüche	7
7. Ausschüttungen	9
8. Bewertung	9
9. Anlegerinformation	10
10. Managementgebühren, weitere Kosten und Aufwendungen	10
11. Risikohinweise	11
12. Valorenummer	13
13. Änderungen	13
14. Inkrafttreten	13
15. Definitionen	13

1. Die Anlageklasse Infrastruktur

Die Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung investiert überwiegend mit Europafokus und dem Euro als Referenzwährung in Infrastruktur Co-Investments und Fonds. Infrastrukturanlagen umfassen kapitalintensive langlebige Sachanlagen, die Versorgungsleistungen erbringen und so das Funktionieren einer Gesellschaft möglich machen.

Diese Anlagen können grob in fünf Sektoren unterteilt werden.

- **Transport** wie Eisenbahnen, Strassen, Brücken, Hafenanlagen oder Flughäfen
- **Energieproduktion** wie Stromerzeugung oder Gewinnung erneuerbarer Energien
- **Versorgung** wie Wasserversorgung oder Energieverteilung
- **Kommunikation** wie Telekommunikations- und Satellitennetze oder Mobilfunkantennen
- **Soziale Infrastruktur** wie Schulen, Spitäler, Gefängnisse, Konferenz- und Sportstätten

Weiter kann zwischen Brownfield und Greenfield Infrastrukturanlagen unterteilt werden. Greenfield bezeichnet Projekte, die in der Entstehungs- oder Bauphase sind und dementsprechend nach Kapitalzuwachs als Renditetreiber streben. Analog beschreiben Brownfield-Investitionen Anlagen, die bestehen und bereits operativ sind.

Die Rendite von Brownfield-Projekten stammt vor allem aus den stetigen Erträgen des operativen Geschäfts und nur zu einem kleineren Teil aus Kapitalzuwachs.

Die Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung investiert überwiegend mit Europafokus primär in nicht kotierte Brownfield Infrastrukturanlagen und -anlagen via Co-Investments und wahlweise auch in Infrastruktur Zielfonds, mittels Primär- oder Sekundärfondstransaktion. Dabei strebt die Anlagegruppe eine angemessene Diversifikation über Sektoren, Länder, Manager sowie Investitionsjahre (Vintages) an.

Ausschliesslich für in der Schweiz domizilierte, steuerbefreite Einrichtungen der beruflichen Vorsorge

Als Anleger werden lediglich in der Schweiz domizilierte, steuerbefreite Einrichtungen der beruflichen Vorsorge zugelassen. Infrastruktur Investitionen sind in der Verordnung 2 zum BVG in Art. 53 BVV 2 zugelassen. Der Stiftungsrat der Vorsorgeeinrichtung muss über ausreichende Kenntnisse im Bereich Infrastrukturanlagen verfügen und dabei insbesondere mit den Risiko-Rendite-Eigenschaften sowie den langfristigen Verpflichtungen vertraut sein, die mit einer Investition in diese Anlageklasse verbunden sind. Weiter müssen die Auswirkungen einer Infrastruktur Investition in Bezug auf das Gesamtportfolio analysiert werden (z. B. mit einer ALM Studie) und das Anlagereglement muss den Einsatz von Infrastruktur Investitionen explizit vorsehen.

Geschlossene Struktur

Da die Anlagekategorie Infrastruktur Investitionen umfasst, für die kein öffentlich zugänglicher Markt besteht, sind die unterliegenden Anlagen nicht ohne weiteres handelbar. Deshalb wird die Anlagegruppe nach der Zeichnungsperiode geschlossen. Die Modalitäten sind auf den folgenden Seiten in den Abschnitten 6 und 7 beschrieben. Die Investitionsperiode in Co-Investments respektive Kapitalzusagen an Sekundär- und Primär-Zielfonds erstreckt sich mindestens über die vier ersten Jahre. Folglich wird ein Grossteil des Kapitals während den ersten vier Jahren abgerufen und investiert. Es wird erwartet, dass die Mehrheit der Kapitalrückflüsse über eine Zeitspanne von fünf bis zehn Jahren erfolgt. Die Gesamtlaufzeit der Anlagegruppe ist auf dreizehn Jahre geplant, aber auf keinen Fall länger als 16 Jahre (d. h. es besteht eine Verlängerungsoption von dreimal ein Jahr, wobei eine Verlängerung der Zustimmung der Anlagestiftung bedarf).

2. Anleger und Organisation

Die Organisationsstruktur mit den involvierten Parteien ist in Abbildung 1 dargestellt.

Anleger

Als Anleger werden lediglich in der Schweiz domizilierte, steuerbefreite Einrichtungen der beruflichen Vorsorge zugelassen.

Verwalter der Anlagegruppe Infrastruktur IV

Die Zürich Anlagestiftung nimmt die Verwaltung der Anlagegruppe Infrastruktur IV wahr. Ihr Stiftungsrat legt die Investitionsstrategie und die Anlagerichtlinien fest. Die Zürich Anlagestiftung hat das Recht, im Rahmen von Statuten und Reglementen, Rechte und Pflichten per schriftlichen Vertrag an eine geeignete Drittpartei zu delegieren. Die Umsetzung der Vermögensanlage erfolgt über einen Zielfonds mit Domizil in Luxemburg. Die Zürich Anlagestiftung ist eine registrierte Anlagestiftung nach Schweizer Recht und wird von der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) beaufsichtigt.

Die Zürich Anlagestiftung kontrolliert fortwährend die Einhaltung sämtlicher Anlagerichtlinien. Diese Kontrollaufgabe wird von der Zurich Invest AG wahrgenommen. Dazu fordert die Zurich Invest AG vom Vermögensverwalter periodisch einen Bericht sowie eine Bestätigung ein, dass alle Anlagerichtlinien auf Stufe des Zielfonds eingehalten sind. Zusätzlich erhalten der Geschäftsführer der Zürich Anlagestiftung und der Controller einen detaillierten Bericht vom General Partner zu der Entwicklung der Anlagen am Ende jedes Quartals. Bei Unstimmigkeiten wird der Stiftungsrat informiert, damit die notwendigen Massnahmen getroffen werden können.

Zielfonds (Alpha Z Infrastructure Europe I)

Die Umsetzung der Anlagestrategie der Anlagegruppe Infrastruktur IV erfolgt über den Zielfonds Alpha Z Infrastructure Europe I mit Domizil in Luxemburg. Es handelt sich dabei

um einen spezialisierten Investmentfonds (SIF) in der Rechtsform einer Limited Partnership (SCS, Société en Commandite Simple) die von der luxemburgischen Commission de Surveillance du Secteur Financier (CSSF) beaufsichtigt wird.

General Partner ACL 2 S.à.r.l.

Als General Partner übernimmt die ACL 2 S.à.r.l. mit Domizil in Luxemburg die operationelle Verwaltung des Zielfonds.

Der Vermögensverwalter Access Capital Partners SA

Access Capital Partners wurde in einem unabhängigen Selektionsprozess der Zurich Invest AG ausgewählt. Der General Partner hat Access Capital Partners SA als den Vermögensverwalter (externer alternativer Investment Fund Manager (AIFM)) beauftragt, der für die Umsetzung der Anlagestrategie im Rahmen des Alpha Z Infrastructure Europe I verantwortlich ist. Insbesondere ist der Vermögensverwalter für die Due Dilligence und die Überwachung der einzelnen Infrastrukturanlagen sowie

für die Portfolio Zusammensetzung des Alpha Z Infrastructure Europe I verantwortlich. Der Vermögensverwalter erstattet vierteljährlich Bericht an den Geschäftsführer der Zürich Anlagestiftung sowie dem Controller und gibt detaillierte Auskünfte über die Entwicklung der einzelnen unterliegenden Investitionen.

Access Capital Partners, gegründet im Dezember 1998, ist ein unabhängiger Vermögensverwalter im Bereich der privaten Kapitalmarktanlagen und beschäftigt per 31. Dezember 2020 rund 80 Mitarbeiter, die hauptsächlich in Europa investieren. Seit Gründung wurden Access Capital Partners Kundengelder im Betrag von rund 11 Milliarden Euro zur Verwaltung anvertraut.

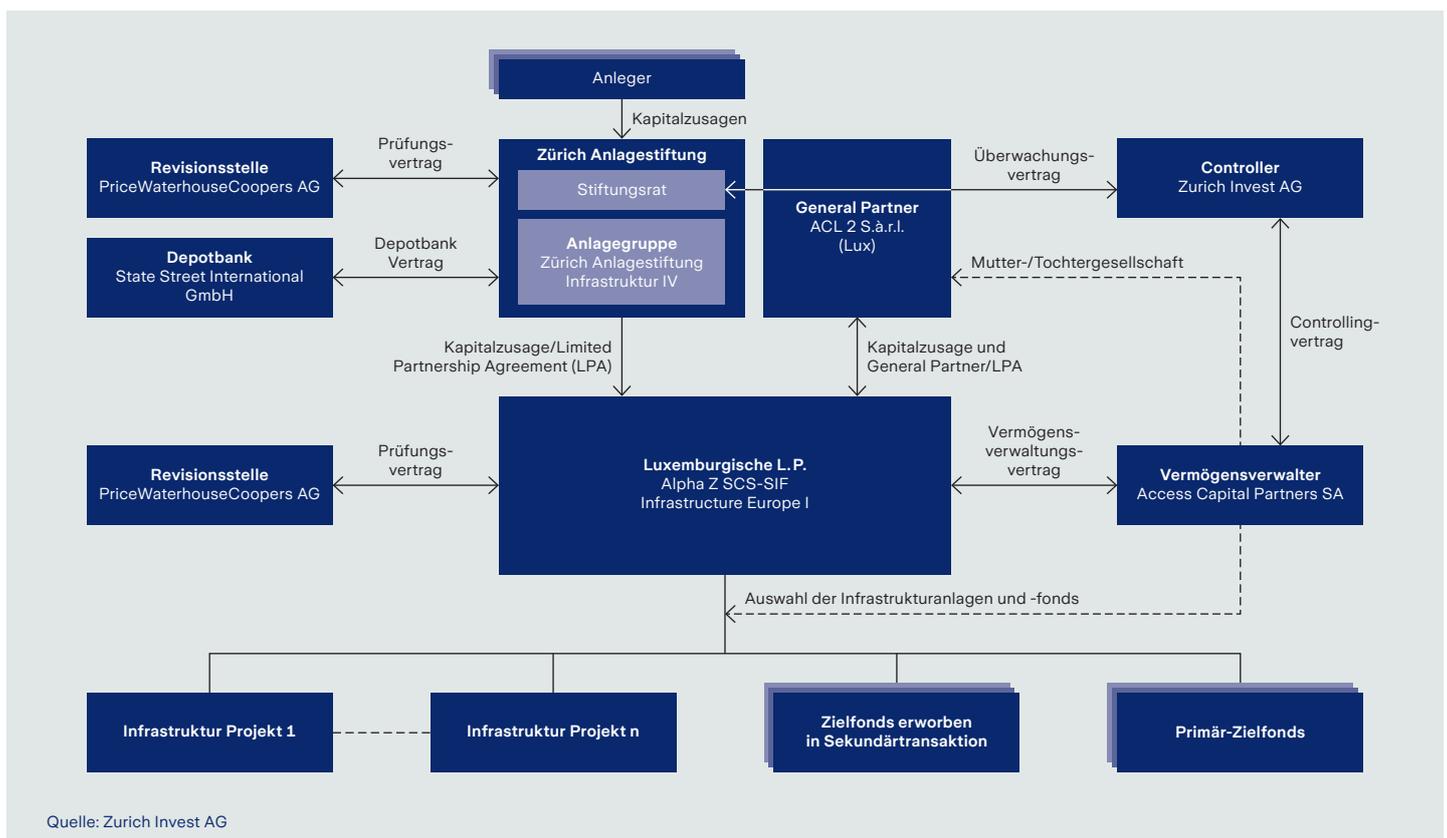
Der Vermögensverwalter verfügt über ein spezialisiertes Infrastruktur Team, welches seit 2003 in Infrastrukturanlagen über alle Sektoren investiert. Das Team besitzt einen breiten Erfahrungsschatz auf der Investitions-, Finanzierungs- sowie Regulierungsseite von Infrastrukturprojekten. Access Capital Partners ist einer der wenigen Anbieter im Infrastruktur-

bereich, die sowohl Co-Investments als auch Primärfonds- und Sekundärfonds-Investitionen durchführen können und zudem einen überzeugenden Leistungsausweis aufweisen kann. Access Capital Partners SA ist eine französische Portfolio Management Gesellschaft und ist als solche bei der französischen Finanzaufsichtsbehörde AMF (Autorité des marchés financiers) registriert.

Der Controller (Zurich Invest AG)

Zurich Invest AG (ZIAG) ist der Controller des Zielfonds. ZIAG überwacht den Vermögensverwalter, prüft die Einhaltung der Investitionsstrategie sowie der Anlagerichtlinien und leitet bei Bedarf korrigierende Massnahmen ein. Die ZIAG wird bei allen Investitionen vorgängig informiert, erhält ein Investitionsmemorandum und hat bei allen Investitionen in Co-Investments sowie in Sekundär- und Primär-Zielfonds ein Vetorecht. Zudem informiert die ZIAG regelmässig den Stiftungsrat der Zürich Anlagestiftung über die Entwicklung der Anlagegruppe. Der Geschäftsführer der Zürich Anlagestiftung kann als dominierender Limited Partner jeder-

Abbildung 1: Organisationsstruktur



Quelle: Zurich Invest AG

zeit direkt oder indirekt via den Controller zusätzliche Informationen verlangen. Zusätzlich kann die Zürich Anlagestiftung den Vertrag mit dem Controller jederzeit, ohne Angabe von Gründen, kündigen. Die ZIAG ist von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA als Fondsleitung bewilligt und beaufsichtigt.

Revisionsstelle (PricewaterhouseCoopers AG)

Die Revisionsstelle ist mit der Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften im Bereich Buchführung und Rechnungslegung, Geschäftsführung sowie Vermögensanlage betraut. Die Anlagestiftung wird jährlich durch die externe Revisionsstelle geprüft.

Depotbank und Administrator (State Street International GmbH, München, Zweigniederlassung Zürich)

Die Depotbank und der Administrator auf Ebene der Anlagegruppe sind verantwortlich für die Administration, Abwicklung und Aufbewahrung der getätigten Anlagen sowie für die damit verbundene Nettoinventarwertberechnung und Buchführung.

3. Anlageuniversum, -ziel und -instrumente

Anlageuniversum

Das Anlageuniversum umfasst neben der Liquiditätshaltung und allfälligen Derivaten ausschliesslich Infrastruktur Investitionen in verschiedenen Sektoren (Transport, Energieproduktion, Versorgung, Telekommunikation sowie soziale Infrastruktur) und Ländern. Dabei handelt es sich primär um Brownfield Infrastrukturanlagen, die im Vergleich zu Greenfield Infrastrukturprojekten im Allgemeinen ein geringeres Risiko aufweisen.

Anlageziel

Die Anlagepolitik zielt bei angemessener Risikodiversifikation auf einen stetigen Kapitalertrag sowie ein moderates Kapitalwachstum ab. Die Infrastrukturanlagen sollen für die Anleger einerseits höhere Renditen

als Obligationen erzielen und andererseits eine relativ tiefe Korrelation zu traditionellen Anlageklassen aufweisen. Da die operativen Kontrakte der Infrastrukturanlagen oftmals an die Preisentwicklung gekoppelt sind und die Investitionen in reale Anlagen getätigt werden, soll die Anlagegruppe Infrastruktur IV den Investoren einen gewissen Inflationsschutz bieten.

Dazu soll auch eine breite Diversifikation über die verschiedenen Sektoren, Länder als auch Investitionsjahre (Vintage) erreicht werden. Die Anlagegruppe wird dabei nach Möglichkeit in circa 12 bis 20 Co-Investments investieren und nur opportunistisch auf dem Sekundärmarkt bestehende Zielfonds erwerben (Sekundär-Zielfonds). Das Portfolio kann nach Bedarf und Möglichkeit mit ein paar Zielfonds ergänzt werden. Weiter wird nur in Infrastrukturanlagen und -fonds investiert werden, welche die Mindestkriterien bezüglich Anlegerinformationen erfüllen. Die Anlagebeschränkungen sollen eine angemessene Diversifikation garantieren und so Einzelrisiken minimieren.

Anlageinstrumente und -rechtsformen

Die Anlagegruppe wird sich indirekt (das heisst via einer luxemburgischen Limited Partnership, wie unter Ziffer 2 dargelegt) und selektiv an einzelnen Infrastrukturanlagen und -projekten beteiligen (Co-Investments). Zusätzlich wird die Anlagegruppe in ausgewählte Infrastruktur Kollektivanlagen (Zielfonds) über den Sekundär- oder Primärmarkt investieren. Die Zielfonds können dabei verschiedene Rechtsformen annehmen (namentlich Limited Partnerships, Cayman Islands Exempted Limited Partnerships, Delaware Limited Partnerships, Scottish Limited Partnerships, English Limited Partnerships oder auch Jersey Limited Partnerships u. a.). Die Aufteilung nach Anlageinstrumenten, basierend auf den gesamten von den Anlegern erfolgten Kapitalzusagen (Commitments) der Anlagegruppe auf Ebene des Zielfonds, entspricht folgenden Bandbreiten:

Anlageinstrument	Allokation
Co-Investments	80–100%
Sekundär-Zielfonds	0–20%
Primär-Zielfonds	0–20%

4. Anlagebeschränkungen

Die nachfolgenden Anlagebeschränkungen beziehen sich auf die gesamten von den Anlegern erfolgten Kapitalzusagen (Commitments) der Anlagegruppe und werden auf Ebene des Zielfonds angewendet. Das Ziel ist, die Anlagebeschränkungen zum Ende der Investitionsperiode zu erreichen:

- Allokationsbandbreiten über die gesamte Laufzeit:

Strategieart/Stil	Allokation
Transport	0–40%
Energieproduktion	0–40%
Versorgung	0–40%
Telekommunikation	0–40%
Soziale Infrastruktur	0–40%

Länder/Regionen	Allokation
Deutschland	0–33%
Frankreich	0–33%
Grossbritannien	0–33%
Restliche Länder (pro Land)	0–25%
Westeuropäische Länder (total)	67–100%

- Die Investitionen durch den erwähnten Zielfonds in Co-Investments respektive Kauf/Kapitalzusagen von/zu Sekundär- oder Primär-Zielfonds sollen über vier Jahre getätigt werden. Diese Periode kann mit Zustimmung der Anlagestiftung, erteilt durch den Stiftungsrat, um ein Jahr verlängert werden, sofern der Markt dies erfordert. Für die Allokation der Co-Investments (min. 80 Prozent der Kapitalzusagen) sollen maximal 40 Prozent der Investitionen/Kapitalzusagen im selben Jahr getätigt werden. Für die Allokation der Sekundär- oder Primär-Zielfonds (max. 20 Prozent der Kapitalzusagen) sollen maximal 60 Prozent der Investitionen/Kapitalzusagen im selben Jahr getätigt werden.

- Die maximale Investition in ein, über den erwähnten Zielfonds gehaltenes, Infrastruktur Co-Investment beträgt 7 Prozent der gesamten Kapitalzusagen der Anlagegruppe.
- Die maximale Investition in einen, über die erwähnte Investitionsgesellschaft gehaltenen, Infrastrukturfonds (Zielfonds) beträgt 4 Prozent der gesamten Kapitalzusagen der Anlagegruppe.
- Die maximale Allokation des Portfolios zu einem einzelnen Infrastruktur-Manager beträgt 25 Prozent.
- Der Gesamtanteil von Sekundär-Zielfonds Investitionen darf 20 Prozent nicht übersteigen und der Gesamtanteil der Primär-Zielfonds Investitionen ist auf 20 Prozent beschränkt.
- Die berücksichtigte Investitionsgesellschaft mit Dachfondsstruktur darf nicht in Fund of Funds investieren.
- Die Summe aller Investitionen oder Kapitalzusagen an Dritte vom Zielfonds darf die Kapitalzusagen der Anleger nicht überschreiten (keine so genannte Over-commitment Strategie), soll ihr jedoch möglichst vollständig entsprechen.
- Der systematische und langfristige Einsatz von Fremdkapital auf Ebene Anlagegruppe ist untersagt. Zulässig sind hingegen technisch bedingte kurzfristige Kreditaufnahmen zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen. Gleiches gilt für die Kreditaufnahmen auf Stufe des erwähnten Zielfonds sowie in sämtlichen unterliegenden Infrastruktur Zielfonds. Die unterliegenden Infrastrukturprojekte sind von dieser Restriktion jedoch nicht betroffen und dürfen demzufolge mit Fremdkapital finanziert werden.
- Währungsrisiken werden nicht systematisch abgesichert.
- Anlagen mit einer Nachschusspflicht sind nicht erlaubt (gemäss Art. 30 Abs. 2 ASV).
- Geldanlagen mit maximaler Restlaufzeit von zwölf Monaten und einem Minimum-Rating A-1 (S & P)

bzw. P-1 (Moody's) vom Emittenten sind zum Zwecke des Liquiditätsmanagements erlaubt.

- Der Einsatz von Derivaten ist unter Beachtung von Art. 56a BVV 2 nur erlaubt, sofern diese zur Absicherung von Währungs- oder Zinsrisiken eingesetzt werden. Die Zürich Anlagestiftung verfügt für diesen Fall über eine LEI-Nummer (Legal Entity Identifier).

Der Stiftungsrat kann die Anlagerichtlinien anpassen. Gemäss Artikel 37 Absatz 2 und 4 ASV werden alle Änderungen des Prospekts veröffentlicht und der Aufsichtsbehörde zugestellt. Dabei kann die Aufsichtsbehörde von der Anlagestiftung jederzeit die Behebung von Mängeln im Prospekt verlangen.

5. Due Diligence

Der Vermögensverwalter führt im Namen des Zielfonds zur Umsetzung der Anlagestrategien bei der Erstinvestition ein Due Diligence-Verfahren bei den Infrastruktur-Investitionen oder -Zielfonds durch, welches während der Anlagedauer durch eine laufende Überwachung der Investitionen abgelöst wird. Dieses Due Diligence Verfahren des Vermögensverwalters umfasst unter anderem folgende Aspekte bei Co-Investments:

- Analyse des Geschäftsmodells, des Wertsteigerungspotentials und des Wettbewerbsvorteils respektive der operativen Tätigkeit sowie der Ertragskraft des Projektes/der Anlagen
- Einschätzung von Gegenpartei-, regulatorischer sowie allfälliger geopolitischer Risiken
- Marktanalyse und Evaluation des Marktumfeldes sowie potenzieller makroökonomischer Einflussfaktoren
- Analyse der Einstiegsbewertung
- Analyse der Finanzierung der Transaktion sowie der Fremdkapitalquote absolut und im Vergleich zu den operativen Erträgen
- Beurteilung des Management-Teams und dessen Erfahrung

- Betrachtung der Eigentumsverhältnisse und der Investoren sowie Beurteilung des Hauptinvestors
- Analyse der Verkaufsoportunitäten und -wege

Für Zielfonds beinhaltet das Due Diligence Verfahren folgende Punkte:

- Überprüfung der Qualität vom Management der Fonds sowie auf Projektebene in Bezug auf Industrierfahrung
- Prüfung der historischen Renditen
- Evaluation des Investitionskonzeptes und Übereinstimmung mit den Anlagerichtlinien
- Analyse der Konditionen (unter anderem Gebührenstruktur, Laufzeit oder Zielgrösse)
- Analyse der Transparenz sowie Frequenz und Detaillierungsgrad der Berichterstattung
- Beurteilung der Bewertungsmethoden
- Betrachtung der rechtlichen als auch steuerrelevanten Aspekte
- Durchführung von Szenario- sowie Sensitivitätsanalysen
- Evaluation potenzieller Risiken in Zusammenhang mit dem Fonds, des Teams oder anderer exogener Risikofaktoren
- Beurteilung des bestehenden Infrastrukturportfolios bei Sekundär-Zielfonds-Investitionen

Der Zielfonds investiert ausschliesslich in Infrastruktur-Co-Investments oder -Zielfonds, welche die Due Diligence-Kriterien des Vermögensverwalters erfüllen.

6. Ansprüche

Referenzwährung

Die Referenzwährung der Ansprüche ist der Euro (EUR).

Kapitalzusage

Die Anleger können Kapitalzusagen (Commitments) im Wert eines bestimmten Betrages in Euro tätigen. Die Kapitalzusage hat mittels des von der Stiftung vorgesehenen Formulars

zu erfolgen. Der Stiftungsrat kann nach freiem Ermessen und ohne Angabe von Gründen Kapitalzusagen annehmen oder zurückweisen. Die Anleger erhalten bei Kapitalabruf Ansprüche im Gegenwert der erfolgten Zahlung. Die Anlagegruppe weist eine geschlossene Struktur auf. Anleger haben nicht das Recht, Ansprüche an die Anlagestiftung zurückzugeben. Sie können nur mit Zustimmung des Stiftungsrates und ausschliesslich auf einen zulässigen Anleger durch schriftlichen Vertrag übertragen werden. Allfällige verbliebene Kapitalzusagen müssen dabei mit übertragen werden. Die ordentliche Rückgabe der Ansprüche erfolgt spätestens nach der geplanten Laufzeit von dreizehn bis maximal sechzehn Jahren.

Struktur

Die Anlagegruppe hat eine geschlossene (closed-ended) Struktur mit zwei geplanten Schlussterminen für Kapitalzusagen (Closings). Das finale Closing findet spätestens zwölf Monate nach dem ersten statt. Es liegt im Ermessen des Stiftungsrates der Anlagestiftung, den Zeitpunkt des finalen Closings zu verschieben (es darf jedoch nicht später als 18 Monate nach dem ersten Closing stattfinden). Zwischenclosings sind jederzeit erlaubt.

Anleger, die nach dem erstmaligen Schlusstermin für Kapitalzusagen zur Anlagegruppe zugelassen werden, haben einen Betrag in Höhe der anteilmässigen Quote an der von den bestehenden Anlegern des ersten Closings bis zum entsprechenden Zeitpunkt getätigten Nettoinvestition (d. h. die gesamten effektiv geleisteten Kapitaleinlagen in die Anlagegruppe abzüglich der ausgeschütteten Beträge) einzubringen. Dieser Betrag wird dann anteilmässig an die Anleger des ersten Closings zurückbezahlt, wodurch sich die offenen Kapitalzusagen dieser Anleger wieder erhöhen. Dieser Vorgang stellt sicher, dass alle Anleger ihre anteilmässigen Ansprüche erhalten.

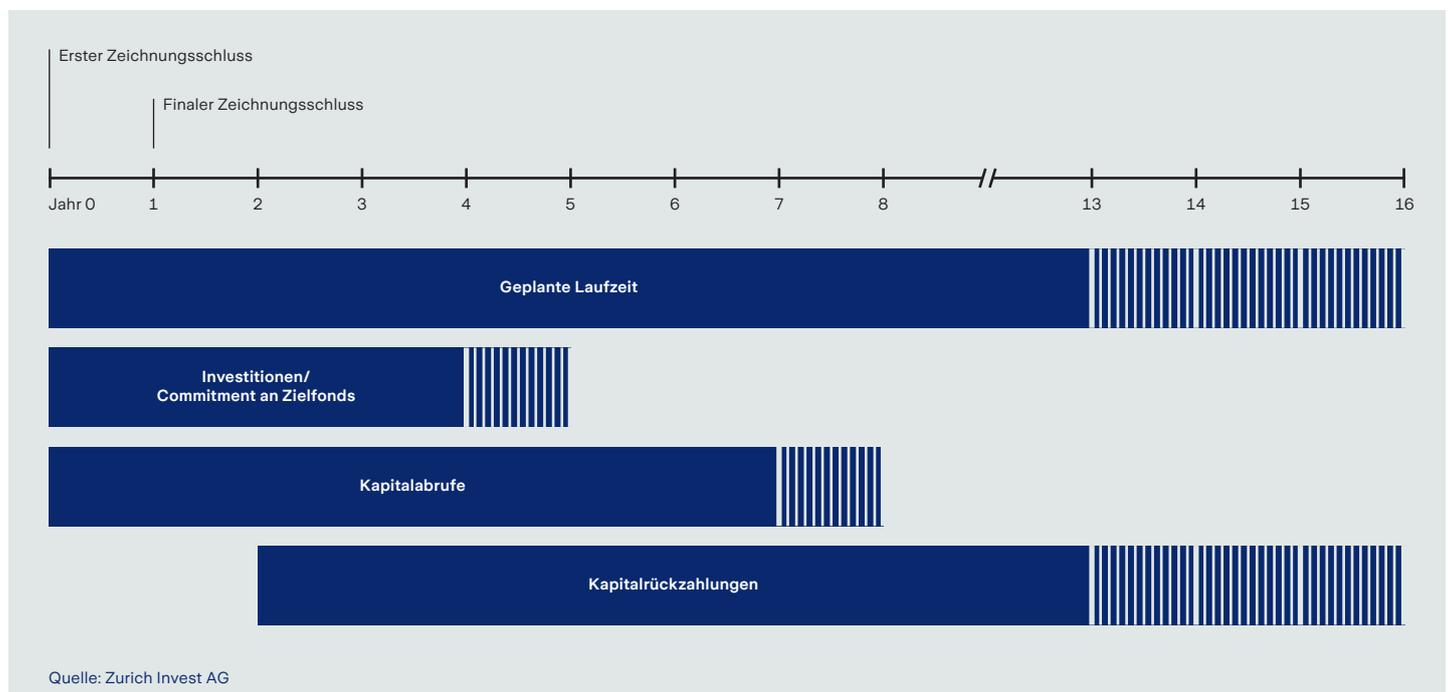
Um die Gleichbehandlung aller Anleger zu garantieren müssen die Anleger, welche nach dem ersten Schlusstermin für Kapitalzusagen ihre Commitments abgeben, eine Verzinsung auf den bereits geleisteten Betrag der bisherigen Anleger erbringen, gemäss ihrem pro-rata Anteil an der Anlagegruppe. Für Anleger, die nach dem ersten Schlusstermin für Kapitalzusagen ihre Commitments abgegeben haben, entspricht der Zinssatz der JP Morgan Prime Rate für Unternehmen zum Zeitpunkt des ersten Schlusstermins für Kapitalzusagen plus 2 Prozent für die Periode zwischen dem ersten Closing und dem neuem Closing. Die

von den Anlegern eingebrachten Zinszahlungen werden separat verrechnet und anteilmässig den Investoren des ersten Schlusstermins für Kapitalzusagen gutgeschrieben.

Laufzeit

Die Anlagegruppe Infrastruktur IV wird zwölf Monate für Anleger zur Zeichnung geöffnet sein und danach geschlossen (closed-end Struktur), wobei während der Gesamtlaufzeit der Anlagegruppe keine fixen Rückzahlungstermine vorgesehen sind. Anleger, die vor Ablauf der Gesamtlaufzeit aussteigen möchten, können von der Anlagestiftung unterstützt werden, Anleger als Käufer für ihre Anteile zu finden. Es wird jedoch keine Garantie abgegeben, dass ein solcher Verkauf zustande kommt. Der Investitionshorizont erstreckt sich über mehrere Jahre. Während den ersten vier Jahren werden die Investitionen in Co-Investments getätigt oder die Zahlungsverprechen an die Infrastruktur Zielfonds geleistet (mit der Möglichkeit einer Erstreckung um ein Jahr). Bei den Sekundär-Zielfonds wird ein Teil und bei Primär-Zielfonds das gesamte Kapital in den darauffolgenden Jahren abgerufen und investiert. Daraus ergibt sich eine zeitliche Diversifikation von drei bis vier Anlagejahren (vintage years) wie Abbildung 2 zeigt.

Abbildung 2: Zeitablauf



Währenddem die Infrastruktur Co-Investments keine vordefinierte Laufzeit besitzen, haben die unterliegenden Infrastruktur-Zielfonds eine typische Laufzeit von zehn Jahren, wodurch sich die Gesamtlaufzeit der Anlagegruppe auf dreizehn Jahre nach dem ersten Closing erstreckt (die Laufzeit kann, mit Zustimmung durch den Stiftungsrat der Anlagestiftung, zusätzlich dreimal um ein Jahr verlängert werden, um Verkäufe in einem ungünstigen Marktumfeld zu vermeiden, was zu einer tieferen Rendite führen würde). Auf keinen Fall wird sich die Laufzeit der Anlagegruppe auf mehr als 16 Jahre nach dem ersten Closing erstrecken.

Kapitalabruf durch die Anlagestiftung

Das von den Anlegern zugesagte Kapital wird in Raten je nach Investitionsverlauf während der Investitionsperiode zugesprochen. Diese Investitionsperiode beläuft sich im Normalfall auf maximal acht Jahre, wobei der Grossteil des zugesagten Kapitals während der ersten drei bis vier Jahre abgerufen wird. Kapitalabrufe werden nach Massgabe des Mittelbedarfs für die Investitionstätigkeit der Anlagegruppe und zur Deckung der laufenden Ausgaben getätigt und von allen Anlegern anteilmässig bezüglich des von ihnen zugesagten Kapitals getragen.

Der Abruf der zugesagten Gelder durch die Anlagestiftung findet in Euro statt. Der Anleger behält das zugesagte Kapital bis zum Abruf bei sich und die Anlagestiftung ruft das Kapital gemäss dem Kapitalbedarf in Tranchen ab. Die Anlagestiftung wird nach Möglichkeit vierteljährliche Kapitalabrufe einrichten. Der Anleger stellt eine valutagerechte Überweisung des Kapitals in der von der Anlagestiftung vorgegebenen Frist sicher. Die Anleger verpflichten sich, das abgerufene Kapital innerhalb von fünf Tagen zu überweisen. Bei einer nicht fristgerechten Überweisung wird der säumige Anleger gemahnt, den Betrag innerhalb von drei Tagen zu überweisen. Nach dieser dreitägigen Frist wird eine Strafzahlung von 5 Prozent des abgerufenen Kapitals fällig, die zusammen mit dem abgerufenen

Kapital innerhalb von zehn Tagen zu überweisen ist. Sollte der Zahlungsverzug nicht innerhalb dieser Frist behoben (inkl. der Strafzahlung) sein, kann der säumige Anleger, ohne Anspruch auf Entschädigung, aus der Anlagegruppe ausgeschlossen werden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Anlagegruppe ihren Verpflichtungen nachkommen kann, was im Interesse aller Anleger ist. Diese Konditionen gelten auch für Anleger, die ihre Anteile an Dritte veräussern möchten. Wie erwähnt können Anleger, die aus Liquiditätsgründen den Verpflichtungen nicht nachkommen können, von der Anlagestiftung unterstützt werden, potenzielle Käufer für ihre Anteile zu finden. Es wird jedoch keine Garantie abgegeben, dass ein solcher Verkauf zustande kommt. Im Weiteren wird auf die Bestimmungen im Formular für Kapitalzusagen verwiesen. Die Investition für die Anleger beschränkt sich auf den Betrag der Kapitalzusage und beinhaltet keinerlei Nachschusspflichten.

7. Ausschüttungen

Ausschüttungen sowie Rückzahlungen erfolgen grundsätzlich in Euro auf ein vom Anleger definiertes Konto. Die Rückflüsse werden in Form von Ertrags- und Kapitalausschüttungen dem Nettoinventarwert (Net Asset Value oder NAV) der Anlagegruppe belastet. Dabei werden die Ausschüttungen gebündelt an die Anleger ausbezahlt, sobald die Gesamtsumme der Rückflüsse einen Mindestbetrag, der von der Geschäftsleitung festgelegt wird, übersteigt. Dies führt bei einem positiven Anlageverlauf dazu, dass die Ausschüttungen über die Laufzeit der Anlagegruppe verteilt sein werden und der Anleger einen grossen Teil der abgerufenen Gelder bereits vor Ablauf der Anlagegruppe wieder zur Verfügung hat.

Die Anlagegruppe hat die Möglichkeit, bei Bedarf eine Reserve für Eventualverpflichtungen aus den Rückflüssen zu bilden. Diese Reserve würde zum Beispiel zur Deckung von zuviel ausgeschütteten Erträgen der Zielfonds oder für die Sicherstellung weiterer Verpflichtungen (z. B. Performance Fee) verwendet. Dies dient

dem Schutz der Anleger, da so das Risiko minimiert wird, dass nach der Investitionsperiode, in der die Gelder abgerufen werden, weitere Kapitalabrufe nötig werden für Eventualverpflichtungen der Sekundär- und Primär-Zielfonds.

Es kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass sich zum Zeitpunkt der Auflösung der Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung Wertpapiere im Vermögen der Anlagegruppe befinden, welche bei der Auflösung der Anlagegruppe an die Anleger ausgeschüttet werden. Dabei kann es sich beispielsweise um Aktien von Unternehmen handeln, die von den Infrastruktur-Managern an die Börse gebracht wurden und einer Sperrfrist unterliegen. Der Vermögensverwalter sowie der Controller sind jedoch bemüht, dies zu vermeiden. Aufgrund von potenziellen nachträglichen Steuerforderungen, ausgeschütteten Beträgen mit Widerrufsrecht oder anderen Forderungen, die nach der Laufzeit auftreten können, wird das Recht vorbehalten, bereits an die Investoren ausbezahlte Ausschüttungen zur Deckung dieser Forderungen zurück zu verlangen.

8. Bewertung

Der NAV der Anlagegruppe sowie die Anzahl ausstehender Ansprüche der Anleger werden mindestens quartalsweise nach bestem Wissen und Gewissen von der Depotbank berechnet, jedoch ausschliesslich am Jahresende von der Revisionsstelle geprüft. Der NAV wird in Euro ausgewiesen. Der NAV wird auf der Grundlage von international anerkannten Rechnungslegungsstandards ermittelt (Lux GAAP auf Stufe Zielfonds und Swiss GAAP FER auf Stufe der Anlagegruppe).

Basis der Wertermittlung sind die jeweils zuletzt durch den Vermögensverwalter sowie den Infrastruktur-Manager der Sekundär- und Primär-Zielfonds erstellten Quartalsberichte. Die Annahmen der Mehrheitseigner werden laufend überprüft und die Berechnungen falls nötig angepasst. Allfällige Anpassungen durch den Vermögensverwalter sind dem Controller zu begründen. Für die Bewer-

tung werden die allgemein anerkannten Bewertungsmethoden angewendet (u.a. DCF-Methode, EBITDA multiple, Umsatz multiple). Vermögenswerte, die auf eine andere Währung als Euro lauten, werden zu den zum Bewertungszeitpunkt geltenden Wechselkursen umgerechnet.

Das Rechnungsjahr der Anlagegruppe umfasst einen Zeitraum von zwölf Monaten und endet jeweils am 31. Dezember. Die Jahresrechnung wird jeweils von der Revisionsstelle geprüft.

9. Anlegerinformation

Die Zürich Anlagestiftung wird im Rahmen der vierteljährlichen Berichterstattung über die Entwicklung der Anlagegruppe Infrastruktur IV informieren. Den Anlegern werden Analysen der Renditen sowie der Sektoren, Länder und Investitionen zur Verfügung gestellt. Die Berichterstattung beinhaltet, unter anderem, folgende ungeprüfte Angaben:

Die Anleger erhalten mindestens quartalsweise eine NAV-Entwicklung wie unter Ziffer 8 beschrieben.

Der Quartalsbericht stellt Informationen zu den Anlagen zur Verfügung und beinhaltet die Bewertungen und Cashflow-Entwicklungen auf Ebene der Anlagegruppe. Nach Möglichkeit werden auch detaillierte Informationen zu den unterliegenden Anlagen der Investitionsgesellschaft zur Verfügung gestellt. Die wichtigsten Rendite-Kennzahlen werden in Euro angegeben. Zusätzlich werden detaillierte Quartalsberichte zur Verfügung gestellt, anhand derer jeder Anleger nach eigenem Bedarf sein Währungsrisiko ausserhalb der Anlagegruppe absichern kann.

Der Jahresbericht beinhaltet Bilanz und Erfolgsrechnung der Anlagegruppe, die Kommentare der Revisionsstelle sowie eine Schätzung der zukünftigen Cashflows basierend auf erwarteten Investitionen. Die involvierten Parteien sind verantwortlich, dass der Bericht fristgerecht zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus wird für die Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung im

Rahmen des Jahresberichtes der Zürich Anlagestiftung eine geprüfte Jahresrechnung veröffentlicht. Der geprüfte Jahresbericht wird auf Basis der zuletzt geprüften Berichte der unterliegenden Beteiligungen mit Berücksichtigung der Cash Flows erstellt, was zu einem zeitlichen Verzug der Bewertungen führt.

10. Managementgebühren, weitere Kosten und Aufwendungen

Die nachstehend aufgeführten Kosten und Aufwendungen führen zu einer Verminderung der Rendite.

a) Managementgebühren

Die gesamten Gebühren für die Vermögensverwaltung der Anlagegruppe belaufen sich auf 0,275 Prozent pro Quartal (1,10 Prozent pro Jahr). Die Gebühr wird vierteljährlich basierend auf dem NAV (Net Asset Value) der Anlagegruppe am letzten Tag des Quartals berechnet und basiert somit nicht auf den gesamten Zahlungsverprechen. Die Managementgebühren decken die Kosten aller Dienstleistungsanbieter des Anlageprozesses ab, inklusive Geschäftsführung, Vermögensverwaltung und Anlagecontrolling. Anlegern mit grösseren Kapitalzusagen werden gemäss Gebührenstruktur Gebührenrabatte gewährt. Die Managementgebühren werden direkt dem NAV der Anlagegruppe belastet.

b) Performancegebühr

Zur Sicherstellung einer gemeinsamen Interessenausrichtung von Anlegern und vom Vermögensverwalter beinhaltet das Gebührenmodell eine renditeabhängige Gebühr (Performance Fee) zu Gunsten des Vermögensverwalters. Der Performance-Anteil zu Gunsten des Vermögensverwalters wird wie folgt berechnet:

In jeder Abrechnungsperiode, in der die kumulierten ausgeschütteten Erlöse (ohne vorübergehende Ausschüttungen) 4,5% des Jahresschwellenwerts (wie nachstehend definiert) oder mehr betragen, entspricht der Performance-Anteil allen

Erlösen, die über diesen Betrag hinausgehen und an die Anleger ausgeschüttet würden (ohne vorübergehende Ausschüttungen), wobei der Performance-Anteil in einer Abrechnungsperiode 0,65 Prozent des Jahresschwellenwerts nicht übersteigen darf.

Der Performance Share wird nur ausbezahlt, wenn das Referenzverhältnis (wie nachstehend definiert) an einem solchen Abrechnungstag die folgenden Multiples überschreitet:

- 1,00× für 4 Jahre ab Abrechnungstag, der dem Final Closing folgt
- 1,06× für den Abrechnungstag, der auf den fünften Jahrestag des Final Closings folgt
- 1,12× für den Abrechnungstag, der auf den sechsten Jahrestag des Final Closings folgt
- 1,18× für den Abrechnungstag, der auf den siebten Jahrestag des Final Closings folgt
- 1,27× für den Abrechnungstag, der auf den achten Jahrestag des Final Closings folgt
- 1,36× für den Abrechnungstag, der auf den neunten Jahrestag des Final Closings folgt
- 1,45× für den Abrechnungstag, der auf den zehnten Jahrestag des Final Closings folgt und jeden darauf folgenden jährlichen Abrechnungstag bis zur Beendigung des Gefässes

Als Jahresschwellenwert gilt das netto investierte Kapital, berechnet per vorhergehendem jährlichen Abrechnungstag.

Die Strukturierung der Performancegebühr ist auf konservative Brownfield-Investitionen und deren Renditeprofil mit ausschüttenden Renditen ausgerichtet und soll den Vermögensverwalter incentivieren in defensive Projekte/Fonds zu investieren, die eine laufende Rendite generieren. Die Performancegebühren werden direkt dem NAV belastet.

c) Weitere Kosten und Aufwendungen

Neben den Managementgebühren werden Zusatzaufwendungen für externe Revision, Depotgebühr, externe Steuerberatung und Kosten, die im Zusammenhang mit der Erstellung und Verwaltung des Zielfonds entstehen, verrechnet. Es werden keine zusätzlichen Aufwendungen für die Due Diligence oder Überwachung der Anlagen erhoben. Ausgenommen sind externe (das heisst nicht zugunsten von Vermögensverwalter oder Controller belastet werden) Steuer- oder Rechtsberatung im Zusammenhang mit einzelnen Investitionen. Die zusätzlichen Gebühren werden direkt dem NAV belastet.

d) Transaktionseinnahmen

Entgelte, die der Vermögensverwalter im Zusammenhang mit dem Kauf, der Überwachung oder der Veräusserung von Investitionen erhält, werden den Managementgebühren angerechnet und kommen dementsprechend vollumfänglich den Anlegern zugute.

Gebühren der unterliegenden Investitionen des Zielfonds

Für Infrastruktur-Co-Investments (80–100 Prozent des Portfolios) fallen oft keine weiteren Gebühren an. Unterliegende Sekundär- oder Primär-Zielfonds (0–20 Prozent des Portfolios) erheben gewöhnlich eine Managementgebühr von 1 bis 2 Prozent, sowie eine Performancegebühr von 10 bis 20 Prozent über einer Mindestrendite von 5 bis 10 Prozent. Die tatsächlichen Kosten der Zielfonds werden im Jahresbericht der Zürich Anlagestiftung ausgewiesen.

11. Risikohinweise

Die Anlagegruppe Infrastruktur IV investiert über die genannte Investitionsgesellschaft mehrheitlich in Infrastruktur-Co-Investments, aber zu einem kleineren Teil auch in Infrastruktur-Sekundär- und Primär-Zielfonds. Bei nicht kotierten Infrastrukturanlagen werden Anlagetechniken eingesetzt, die im Vergleich zu traditionellen Anlagen ein erhöhtes Anlagerisiko mit sich bringen und beim

Anleger eine entsprechende Risikofähigkeit voraussetzen. Der Anleger muss bereit sein, erhebliche Bewertungsschwankungen hinzunehmen und ein Totalverlust bei einzelnen Anlagen kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Dieses Segment ist lediglich für einen langjährigen Anlagezeitraum geeignet.

Während der Gesamtlaufzeit der Anlagegruppe sind keine fixen Rückzahlungstermine vorgesehen. Anleger, die vor Ablauf der Gesamtlaufzeit aussteigen möchten, können von der Anlagestiftung unterstützt werden, potenzielle Käufer für ihre Anteile zu finden. Es wird jedoch keine Garantie abgegeben, dass ein solcher Verkauf zustande kommt.

Investitionen in Infrastrukturanlagen beinhalten tendenziell ein erhöhtes Anlagerisiko im Vergleich zu traditionellen Anlagen. Im Einzelnen bestehen unter anderem die folgenden Risiken:

Risiken, die sich aus der Natur der Anlage in Infrastruktur ergeben

Infrastrukturanlagen können höheren Wertschwankungen als traditionelle Anlagen unterliegen. Dies auch, weil Infrastrukturtransaktionen oftmals mit einem relativ hohen Fremdkapitalanteil finanziert werden, der oftmals bei über 50 Prozent des Kapitals liegt. Dies kann bereits bei kleinen Anlagenwertschwankungen zu signifikanten Wertschwankungen des Eigenkapitals führen und kann im Extremfall zu einem Totalverlust auf einzelnen Anlagen führen.

Die Anlagegruppe garantiert keine regelmässigen periodischen Ausschüttungen an die Anleger. Kapitalrückzahlungen erfolgen, sobald die Beteiligungen und Infrastrukturanlagen oder -firmen verkauft oder refinanziert werden, wobei der Zeitpunkt und die Höhe des Verkaufspreises nicht vorhersehbar sind.

Da sich die Kapitalzu- und Rückflüsse nicht exakt prognostizieren lassen, kann nicht garantiert werden, dass ein hundertprozentiger Investitionsgrad erreicht wird.

Aufgrund der nicht prognostizierbaren Kapitalflüsse beziehen sich die Anlagebeschränkungen auf die Kapitalzusagen über die gesamte Laufzeit und nicht auf den NAV des Portfolios. Besonders zum Beginn und zum Ende der Laufzeit werden die angegebenen Anlagebeschränkungen, in Relation zum NAV, nicht vollständig eingehalten.

Risiken, die sich aus der fehlenden Liquidität ergeben

Infrastrukturanlagen sind langfristige und illiquide Investitionen. Die Infrastruktur-Co-Investments sind nicht an einer Börse kotiert und die Investoren gehen normalerweise von einer Haltdauer von mehreren Jahren aus. Weiter geben Investoren Kapitalversprechen an Zielfonds ab, wodurch das Kapital in der Regel während ca. zehn bis zwölf Jahren blockiert ist. Obwohl ein Sekundärmarkt für bestehende Infrastrukturanlagen besteht, gibt es keine öffentlichen Marktpreise für Infrastrukturanlagen. Zusätzlich kann der Verkaufsprozess mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

Die Laufzeit der Anlagegruppe Infrastruktur IV kann bis zu 16 Jahre betragen, in welcher das Kapital des Anlegers gebunden sein kann.

Risiken, die sich aus den Anlagen in Infrastrukturanlagen und Fonds ergeben, die nicht einer der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) ebenbürtigen Aufsicht unterstehen

Anlagen in Infrastrukturanlagen und Fonds, die nicht einer der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) ebenbürtigen Aufsicht unterstehen, sind zugelassen. Damit verbunden sind jedoch grössere Risiken, da Anteile an Infrastrukturanlagen oder Fonds mit Sitz in Ländern mit einer im Vergleich zur Schweiz möglicherweise weniger qualifizierten Regulierung und Aufsicht erworben werden können.

Risiken, die sich aus der Gebührenstruktur von Infrastrukturfonds ergeben

Der Zielfonds investiert zu einem kleineren Teil in Infrastruktur-Sekundär- und Primär-Zielfonds, deren Manager Gebühren und Kosten für das Management dieser Fonds erheben. Diese Gebühren werden die Rendite des Zielfonds reduzieren.

Wechselkurs- und Währungsrisiken, insbesondere des Euros

Alle Käufe und Rücknahmen von Anteilen an der Anlagegruppe erfolgen in Euro. Das Portfolio und die Investitionen der Anlagegruppe lauten jedoch teilweise auf weitere Fremdwährungen. Die damit einhergehenden Wechselkursrisiken müssen, falls notwendig, von den Anlegern selber abgesichert werden. Es erfolgt keine Währungsabsicherung auf Stufe der Anlagegruppe Infrastruktur IV.

Risiken im Hinblick auf die Rechnungslegung, die Wirtschaftsprüfung, das Finanzberichtswesen etc.

Angaben zum Nettoinventarwert der Ansprüche müssen von der Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung mindestens quartalsweise veröffentlicht werden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Standards hinsichtlich Publizität, Rechnungslegung, Wirtschaftsprüfung und Berichtswesen können in verschiedenen Ländern, in denen Beteiligungen erworben werden, weniger streng sein als in der Schweiz. Dadurch kann der effektive Wert der Beteiligungen vom veröffentlichten Wert abweichen, wodurch der von der Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung veröffentlichte Nettoinventarwert gegebenenfalls den Wert aller oder einiger der Beteiligungen nicht korrekt widerspiegelt.

Zusätzlich basiert das Reporting auf den Informationen der unterliegenden Infrastrukturanlagen und Zielfonds. Aufgrund der unterschiedlichen Berichterstattungszeiträume der unterliegenden Infrastrukturanlagen und Zielfonds kann es vorkommen, dass der ausgewiesene NAV auf Bewertungen aus dem vorhergehenden

Quartal stammt. Der geprüfte Jahresbericht wird auf Basis der zuletzt geprüften Berichte der unterliegenden Fonds erstellt. Dies führt zu einem zeitlichen Verzug der Bewertung in dem geprüften Jahresbericht.

Rechtliche Risiken

Die Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung wird in Infrastrukturanlagen und unterliegende Zielfonds investieren, bei denen nicht schweizerisches Recht Anwendung findet und der Gerichtsstand ausserhalb der Schweiz liegt. Das kann dazu führen, dass die daraus resultierenden Rechte und Pflichten der Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung von den in der Schweiz gültigen Standards abweichen. Insbesondere kann der damit verbundene Anlegerschutz schwächer sein als bei vergleichbaren Investitionen unter schweizerischem Recht und mit Gerichtsstand in der Schweiz.

Risiken aufgrund von potenzieller Interessenskonflikte

Es können Situationen auftreten, in denen sich die Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung und der Vermögensverwalter in einem Interessenkonflikt befinden. Auch wenn angestrebt wird, Interessenskonflikte zu vermeiden, können diese nicht gänzlich ausgeschlossen werden, sodass das Risiko besteht, dass sie zulasten der Anleger der Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung gehen.

Abwicklungsrisiken

Die Investitionsgesellschaft wird in Infrastrukturanlagen und Zielfonds anlegen. Dabei handelt es sich um Investitionen, die ausserhalb etablierter Clearing-Systeme über nicht öffentlich bewilligte Broker, Depotstellen oder Wirtschaftsprüfer abgewickelt werden. Ausserdem kann die Abwicklung von Investitionen bzw. von Ausschüttungen und/oder Realisationen aufgrund von Umständen, die nicht in der Macht der Organe der Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung stehen, erschwert oder unmöglich sein (technische Probleme, hoheitliche Beschränkungen, höhere Gewalt etc.).

Politische und regulatorische Risiken

Es ist möglich, dass Anlagen der Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung politischen oder regulatorischen Risiken unterworfen sein werden, wie z. B. Risiken aufgrund von Verstaatlichungen, Änderungen bezüglich der Regulierung, Enteignungen, enteignungsähnlicher Steuern, Abwertungen von Währungen, Devisenkontrollen, gesellschaftlicher oder politischer Instabilität, militärischer Konflikte oder Beschränkungen durch die Regierung.

Steuerrisiken

Obwohl die Anlagegruppe in Bezug auf Rechtsform und Steuerbelastung auf Schweizer Pensionskassen massgeschneidert ist und alle Anlagen auf potenzielle Steuerfolgen analysiert werden, können inskünftige nicht vorhersehbare Steuerfolgen in einzelnen Ländern und länderspezifische Regulierungen die Renditen negativ beeinflussen. Die steuerliche Belastung kann bereits zum Zeitpunkt der Investition bekannt sein und im Rahmen des Investitionsentscheides bewusst in Kauf genommen werden oder kann sich aufgrund von Veränderungen der relevanten in- oder ausländischen Gesetzgebung bzw. Besteuerungspraxis während der Laufzeit einer Anlage ergeben. Weder die Zürich Anlagestiftung noch der Vermögensverwalter oder der Controller haften für eventuelle Steuerfolgen.

Risiken im Zusammenhang mit der Gesetzgebung über die berufliche Vorsorge

Dem Anleger obliegt die Verantwortung, den Einsatz von Anlagen in Infrastrukturen bezüglich Risikofähigkeit und Nicht-Gefährdung des Vorsorgezweckes durch seine Organe (z. B. Stiftungsrat, Anlageausschuss, Kassenvorstand, etc.) zu bewilligen und mit entsprechenden Grundsätzen hinsichtlich Investitionsprinzip, Risiko-Rendite-Verhältnis, Korrelationsverhalten mit dem Gesamtportfeuille, Anlageformen, Bewertungsprinzipien, Liquidität und Kosten festzulegen.

12. Valorenummer

112803557

13. Änderungen

Der Stiftungsrat kann den Prospekt anpassen. Gemäss Artikel 37 Absatz 2 und 4 ASV werden alle Änderungen des Prospekts veröffentlicht und der Aufsichtsbehörde zugestellt. Dabei kann die Aufsichtsbehörde von der Anlagestiftung jederzeit die Behebung von Mängeln im Prospekt verlangen.

14. Inkrafttreten

Der Prospekt tritt durch Beschluss des Stiftungsrates der Zürich Anlagestiftung in Kraft.

Zürich, im August 2021

Der Stiftungsrat

15. Definitionen

Ansprüche: Forderungen des Anlegers gegenüber der Zürich Anlagestiftung.

Brownfield-Infrastrukturanlagen: Brownfield beschreibt Infrastrukturanlagen die bereits bestehen und operativ tätig sind. Die Renditen von Brownfield-Infrastrukturanlagen resultieren in der Regel vor allem aus den laufenden Cash Flows der operativen Tätigkeiten und nur zu einem kleineren Teil aus Kapitalgewinnen.

Capital Call: Abrufen eines Anteils des zugesagten Kapitals der Anleger.

Catch-up Klausel: Ein voller Catch-up stellt sicher, dass der Vermögensverwalter bei Erreichung der vereinbarten Zielrendite die Performance Gebühr auf der gesamten erzielten Rendite (nach Abzug von Kosten und Managementgebühren) berechnen darf und nicht lediglich auf dem die Zielrendite übersteigenden Betrag (Überrendite). Damit das Gewinnverteilungsverhältnis in einem solchen Fall über die gesamte erzielte Rendite zum Tragen kommt, darf der Vermögensverwalter nach Erreichung der Zielrendite mit den Anlegern «gleichziehen» («to catch up»), bevor abschliessend der Restbetrag im abge-

machten Gewinnverteilungsverhältnis aufgeteilt wird.

Claw back: Ein claw back stellt sicher, dass der General Partner über die Laufzeit des Fonds nicht einen grösseren Anteil der Ausschüttungen erhält, als ihm zusteht. Sollte der General Partner mehr als die versprochenen Ausschüttungen erhalten haben (meist 20 Prozent der Gewinne über einer Mindestrendite von 8 Prozent), ist er durch den claw back verpflichtet, diese zuviel bezahlten Ausschüttungen an die Limited Partner (Investoren) zurückzubezahlen. Damit wird sichergestellt, dass über die gesamte Laufzeit des Infrastrukturfonds der General Partner und die Limited Partner die Ausschüttungen erhalten, die ihnen zustehen.

Commitment: Kapitalzusage der Anleger oder Verpflichtung zur Einzahlung des vereinbarten Betrages in einen Fonds durch einen Investor. Da die Gelder üblicherweise nicht sofort abgerufen werden, wird die Kapitalzusage über einen gewissen Investitionszeitraum investiert.

Co-Investments: Direkte Beteiligung gemeinsam mit einem General Partner an einer Infrastrukturanlage/einem Infrastrukturprojekt, meistens in Form von Eigenkapital oder aber Hybrid- oder Fremdkapital. Dabei hält der General Partner die Mehrheitsbeteiligung und der Co-Investment Investor eine Minderheitsbeteiligung an der Infrastrukturanlage/dem Infrastrukturprojekt.

Due Diligence: Detaillierte Prüfung und Bewertung einer Infrastrukturanlage, -projekt oder -investition, respektive Prüfung einer Investition in einen Infrastrukturfonds.

Exit und Distribution: Realisation einer Investition, die entweder verkauft, refinanziert oder an der Börse kotiert wurde. In den meisten Fällen wird der Erlös an die Anleger ausgeschüttet.

Geldmarktanlagen: Anlagen in Geldmarktpapieren, Einlagen bei Banken sowie Kollektivanlagen, die in Geldmarktpapieren, syndizierte Kredite oder Einlagen bei Banken investieren, typischerweise mit einer an einen Geldmarktsatz gebundenen Verzinsung.

General Partner: Ein General Partner übernimmt in einer Limited Partnership die Geschäftsführung und hat die Vertretungsvollmacht der Gesellschaft.

Greenfield: Greenfield beschreibt Infrastrukturanlagen die sich noch in der Aufbauphase befinden. Dementsprechend resultieren die Renditen von Greenfield Infrastrukturanlagen im Wesentlichen aus Kapitalgewinnen.

Infrastruktur: Infrastrukturanlagen umfassen kapitalintensive langlebige Sachanlagen, die Versorgungsleistungen erbringen und so das Funktionieren einer Gesellschaft möglich machen. Grundsätzlich wird zwischen Energie und Versorgung, Transport, Telekommunikation und sozialer Infrastruktur unterschieden.

Infrastruktur-Manager: Infrastruktur-Manager sind Vermögensverwalter, die generell die Mehrheitsbeteiligung an Infrastrukturprojekten halten.

Internal Rate of Return (IRR): Messzahl zur Berechnung der zeitgewichteten Rendite von Infrastruktur und Private Equity Anlagen (interner Zinsfuss).

J-Kurven-Effekt: Typischer Verlauf einer Investition in geschlossene Kollektivanlagen, die in Infrastruktur oder Private Equity investieren. Nach anfänglich negativem Rendite- und Liquiditätsverlauf aufgrund von Managementgebühren und Anlaufverlusten stellt sich nach ein paar Jahren ein positiver Rendite- und Cashflow-Trend ein.

Kollektivanlagen: Trusts, SICAV/R's, Kollektivanlageverträge, Beteiligungsgesellschaften, Zertifikate oder Limited Partnerships u. a.

Limited Partner: Passiver Investor, der eine Kapitalzusage in eine Limited Partnership macht. Limited Partners haften lediglich für die Kapitalzusage, welche die Limited Partners zugunsten der Partnership zugesichert haben.

Multiple: Verhältnis zwischen einbezahltem Kapital (Nenner) und der Summe aus erfolgten Rückflüssen und der aktuellen Portfoliobewertung (Zähler).

Netto investierten Kapital (Net Invested Capital): Summe der einbezahlten Beträge, vermindert um Anschaffungskosten aller veräusserten Anlagen

Nettoinventarwert (Net Asset Value/NAV): Nettoinventarwert oder innerer Wert entspricht dem konsolidierten Bruttovermögen abzüglich konsolidierter Verbindlichkeiten.

Partnership: Infrastruktur Fonds, der durch einen General Partner (GP) geleitet wird.

Portfolio: Das Portfolio der Anlagegruppe Infrastruktur IV der Zürich Anlagestiftung, das sich aus Beteiligungen an Kollektivanlagen und Geldmarkteinlagen/Cash zusammensetzt.

Primär-Zielfonds: Dabei handelt es sich um neu aufgesetzte Infrastruktur Fonds. Da es sich um neu aufgesetzte Kollektivanlagen handelt, haben Primär-Zielfonds in der Regel noch keine Investitionen getätigt. Die typische Laufzeit von primären Zielfonds beträgt meist zwischen zehn und zwölf Jahren.

Private Equity: Investition in nicht börsenkotierte Unternehmen, bei welcher der Investor oft eine aktive Rolle im Management oder Verwaltungsrat übernimmt.

Sekundär-Zielfonds/Sekundärtransaktion: Kauf oder Verkauf eines bereits bestehenden und (teilweise) investierten Infrastruktur Zielfonds mit einem bestehenden Portfolio von Infrastrukturanlagen.

Überwachung: Laufende Überwachung anhand von quantitativen und qualitativen Kriterien während des Haltens einer Investition.

Vermögensverwalter: Der Vermögensverwalter führt die Selektion der einzelnen Co-Investments, Sekundär und Primär-Zielfonds durch und überwacht diese nach der Investition.

Vintage year: Jahr, in dem eine Investition getätigt worden ist oder ein bestimmter Fonds entstanden ist und die erste Investition getätigt hat.